



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2021

Andreas Braune / Michael Dreyer (Hrsg.): Weimar und die Neuordnung der Welt. Politik, Wirtschaft, Völkerrecht nach 1918.

Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2020 (= Weimarer Schriften zur Republik, Band 11), 326 S., ISBN: 978-3-515-12676-2

Der vorliegende Sammelband geht auf eine bereits 2016 stattgefundene Tagung der Forschungsstelle Weimarer Republik und des Weimarer Republik e.V. zurück, die in den letzten Jahren eine beeindruckende Produktivität entfaltet und mit den „Weimarer Schriften zur Republik“ eine von der Forschung vielfach beachtete Reihe etablieren konnten.

Der Titel verweist bereits auf den Themenschwerpunkt des Bandes, der die verschiedenen Neuordnungsversuche in den Bereichen der internationalen Politik, des Völkerrechts und der internationalen Wirtschaftsordnung in den Blick zu nehmen versucht. Dabei gliedert er sich in vier Abschnitte, die sich den Akteuren und Ansätzen der deutschen Außenpolitik, der politischen und völkerrechtlichen Neujustierung Europas und der Welt, den anti-liberalen Ordnungsentwürfen der radikalen Linken und Rechten sowie der Krise und der Neuordnung des Liberalismus und der Weltwirtschaft widmen.

Ausgangspunkt des ersten Themenkomplexes ist die Frage, ob nach 1918 ein Paradigmenwechsel in den auswärtigen Beziehungen von einer sich an machtstaatlichen Traditionen orientierenden hin zu einer auf Multilateralismus, Verständigung und rechtlichen Einbindungen und Verpflichtungen basierenden Außenpolitik gelang. Der Beitrag von Rainer Behring über den sozialdemokratischen Reichskanzler und Außenminister Hermann Müller zeigt sehr deutlich, dass der Anteil der Sozialdemokratie an der Außenpolitik der Republik höher eingeschätzt werden muss, als dies bislang der Fall war. Zwar ging es auch Müller um eine Revision der Pariser Friedensordnung, doch entwickelten er und seine Partei bereits früh Maßstäbe einer neuen deutschen Außenpolitik, die auf den Pfeilern einer friedlichen Streitschlichtung, eines auszubauenen Völkerrechts, der nationalen Selbstbestimmung und der Rüstungsbegrenzung beruhen sollte. Man mag an dieser Stelle ergänzen, dass die SPD auch die erste und einzige Partei in der Weimarer Republik war, die in ihrem Heidelberger Programm von 1925 mit der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa eine europäische Zielvorgabe formulierte.

Dass der späteren Verständigungspolitik Stresemanns früh vorgearbeitet wurde, illustriert auch der Beitrag Wolfgang Michalkas über den linksliberalen Außenminister des Jahres 1922, Walther Rathenau, der die Bedeutung der Wirtschaft nicht nur für die Wiederherstellung der deutschen Großmachtstellung, sondern auch für die Kooperation mit dem Westen früh erkannte. Die Schwierigkeit, einen Gleichklang von Diplomatie und Wirtschaft zu erzielen, dokumentiert in diesem Zusammenhang die von Karl Heinrich Pohl behandelte Gründung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft von 1926. Ihre Genese illustriert, wie sehr die am wirtschaftlichen Eigeninteresse und damit an primär nationalen Gesichtspunkten orientierte deutsche Schwerindustrie



der von Stresemann betriebenen Verständigungs- und Aussöhnungspolitik mit Frankreich Grenzen setzte. Der folgende Beitrag von Elisabeth Piller über die „Diplomatie des Mitleids“ wirft sodann einen Blick auf die zivilgesellschaftlichen Bemühungen, amerikanische Hilfslieferungen für hungernde deutsche Kinder zu initiieren, Bestrebungen, die von der deutschen Regierung nicht nur mitgetragen, sondern auch für ihre revisionistischen Ziele genutzt wurden.

Das zweite Panel rückt die unterschiedlichen Versuche, nach dem ersten Weltkrieg eine neue friedenssichernde Ordnung in Europa und der Welt zu etablieren, in den Fokus. Die Autoren arbeiten zu Recht die Ambivalenzen jener Zeit heraus, einer Zeit, in der mit dem Völkerbund zwar eine Institution zur Förderung der internationalen Kooperation und der Friedenssicherung ins Leben gerufen wurde, man jedoch im Umgang mit den Kriegsverlierern noch dem überkommenen Machtstaatsgedanken verhaftet blieb. Die krisenhafte Entwicklung der Weimarer Republik ordnet Boris Barth dabei in einen europäischen Kontext ein, der durch Nachkriegsgewalt, Ethnisierungen und ökonomische Verwerfungen gekennzeichnet war. Dennoch erhielt der Wunsch nach einer völkerrechtlichen Neuordnung Mitte der zwanziger Jahre neue Impulse. Diesem Ziel war der Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges verpflichtet, dessen Entstehung, Eigenschaften und Problematik Bernhard Roscher nachzeichnet. Die ersten Ansätze eines europapolitischen Diskurses findet in dem informativen Beitrag Florian Greiners Berücksichtigung, der neben den vielfältigen Europaideen, den am Beispiel des Europa-Plans Briands von 1929 behandelten politischen Europavorstellungen auch die Europäisierung der Alltagskultur und Erfahrungsräume thematisiert. Einer transnationalen Perspektive verpflichtet ist wiederum Markus Lang, der die Vorbildfunktion der Weimarer Reichsverfassung für die Verfassungsentwicklung Südamerikas am Beispiel Chiles fokussiert.

Wie umstritten eine auf Verständigung und Multilateralismus gegründete Nachkriegsordnung war, illustriert der dritte Abschnitt, in dem die zumal anfangs an der Kategorie der Klasse ausgerichteten Ordnungsvorstellungen der Komintern und der von ihr abhängigen KPD (Bernhard H. Beyerlein) sowie die rassistisch grundierten Neuordnungsentwürfe der radikalen Rechten am Beispiel Oswald Spenglers und Hans F. K. Günther (Stefan Breuer) scharf konturiert werden.

Der letzte Themenkomplex problematisiert schließlich die Krise der liberalen Wirtschaftsordnung nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei werden nach einem Blick auf die Internationale Handelskammer in Paris und die Handelsschiedsgerichtsbarkeit als Ausdruck europäischer Verständigungspolitik (Jakob Zellmann) die Herausforderungen des ordnungsökonomischen Denkens durch die Zunahme des staatlichen Interventionismus auf dem Gebiet der Sozialpolitik und Lohngestaltung, durch Kartellierung, Preisinterventionen und Protektionismus (Gerhard Wegner) thematisiert. In einem instruktiven Beitrag über die Wirtschaftspolitik Brünnings während der Weltwirtschaftskrise wird die Deflationspolitik in international vergleichender Perspektive fokussiert (Roman Köster). Deutlich wird, dass die Inflationserfahrungen in zahlreichen europäischen Staaten einen deflationären Konsens begründeten, der in der Weltwirtschaftskrise eine dem Beispiel Großbritanniens von 1931 folgende Währungsabwertung als wirksame Gegenmaßnahme erschwerte. Im europäischen Vergleich war die Deflationspolitik Brünnings mithin keineswegs singulär und erschien in jener Zeit auch als durchaus rational. Der letzte Aufsatz geht schließlich der Neubegründung des Liberalismus und der Ausformulierung des Neoliberalismus in Abgrenzung von früheren Laissez-Faire-Vorstellungen und unter Berücksichtigung des Bereichs der Sozialpolitik nach (Hagen Schulz-Forberg).

Mag der Sammelband mitunter auch als etwas disparat empfunden werden und als Summe von teilweise ausgesprochen lesenswerten Einzelbeiträgen denn als geschlossenes Ganzes erscheinen, so kann er doch das Bild der ersten parlamentarischen Demokratie um kenntnisreiche neue Einsichten ergänzen. Deutlich wird, wie sehr die Zwischenkriegszeit eine „Phase des Umbruchs und von Suchbewegungen“ (S. XII) war, in der neue, in die Zukunft weisende Ideen wie Multilateralismus, Verrechtlichung, Streitschlichtung und Friedenssicherung sich gegen machtstaatliche Denkkategorien des 19. Jahrhunderts durchzusetzen versuchten. Der Vorzug des Bandes liegt auch in der Einbettung der politischen und wirtschaftlichen Krise der Weimarer Republik in

den breiteren Kontext der europäischen Entwicklungen und in der damit verbundenen Weitung der Perspektive.

Berlin

Volker Stalmann



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net